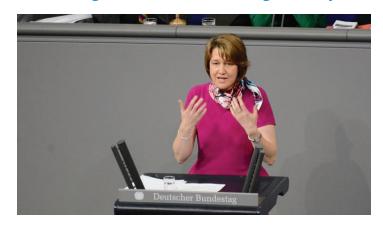


Ehrgeiziges Klimaabkommen verabschieden

Bundestag verabschiedet Antrag von Anja Weisgerber zur Klimakonferenz in Paris



Liebe Leserinnen und Leser,

vom 30. November bis 11. Dezember findet in Paris die 21. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Ziel ist es, ein Nachfolgeabkommen für das 2020 auslaufende Kyoto-Protokoll zu verabschieden. Das Abkommen von Paris soll den Weg dafür bereiten, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur langfristig auf unter Zwei-Grad-Celsius zu begrenzen. Der Klimawandel ist längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Hitzeperioden im Sommer, Unwetter und milde Winter sind Folgen des Klimawandels. Würde sich das Klima um mehr als zwei Grad erwärmen, hätte dies eine nicht mehr umkehrbare Störung des Klimasystems zur Folge. Höchste Zeit also, dass die Welt handelt und die Erderwärmung eindämmt.

Als Berichterstatterin der CDU/CSU-Fraktion für Klimaschutz werde ich auch an der Klimakonferenz in Paris teilnehmen. Um bereits im Vorfeld ein starkes Signal von Seiten des Bundestages zu senden, habe ich gemeinsam mit Kollegen der Regierungsfraktionen einen Antrag mit konkreten Forderungen an den Klimagipfel erarbeitet, der im Deutschen Bundestag angenommen wurde (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/066/1806642.pdf).

Deutschland und Europa haben mit ihren ambitionierten Klimazielen gezeigt, dass sie auch künftig Vorreiter beim Klimaschutz bleiben. Alleine können wir das Klima aber nicht retten. Wir brauchen auch die anderen Staaten der Welt. Diese müssen nun nachziehen, damit es gelingt, in Paris ein ambitioniertes, verbindliches Klimaabkommen zu verabschieden. Das neue Abkommen soll robuste, transparente Regeln sowie einen völkerrechtlich verbindlichen Überprüfungsmechanismus enthalten. Dieser soll sicherstellen, dass die Vertragsstaaten ihre nationalen Verpflichtungen erfüllen. Zudem muss alle fünf Jahre überprüft werden, welche Anstrengungen noch notwendig sind, um die Zwei-Grad-Obergrenze zu erreichen.

Die Vorzeichen für eine erfolgreiche Klimakonferenz sind gut: Inzwischen haben knapp 180 Staaten – darunter die 20 größten Industrienationen, aber auch viele kleine Entwicklungs- und Schwellenländer – ihre nationalen Beiträge vorgelegt. Diese Staaten verursachen gemeinsam über 95 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Positiv ist auch, dass einige Staaten, wie zum Beispiel China oder Kanada, ambitionierter als ihr vorgelegter Beitrag sein werden. Außerdem sind vor Paris viele wichtige Staaten dabei, die bei Kyoto nicht an Bord waren, wie zum Beispiel Russland oder die USA. Wir sind also auf einem guten Weg und ich bin zuversichtlich, dass wir in Paris ein starkes Signal für den Klimaschutz setzen werden.

Herzliche Grüße,

Jhe Anja Weisgerber MdB

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- Asylpaket II: Vereinbarungen müssen gelten
- Parteitag: Deutschland braucht das starke Bayern
- Förderprogramm: Mehr Sicherheit vor Einbrechern
- Haushaltsdebatte: Die Schwarze Null steht
- Aktuelles aus dem Wahlkreis und aus Berlin

Vereinbarungen müssen gelten

Verabschiedung des zweiten Asylpaketes verzögert sich

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD einigten sich am 5. November auf ein Paket mit Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Die beschlossenen Maßnahmen sind ein weiterer wichtiger Schritt, um den Flüchtlingszustrom wieder in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken. Das erste Asylpaket wurde verabschiedet. Das zweite sollte gleich im Anschluss folgen. Darin enthalten wären auch die dringend notwendigen Transitzonen. An die Einigung der drei Parteivorsitzenden fühlt sich die SPD aber nicht gebunden. Sie spielt auf Zeit und blockiert mit neuen Forderungen eine Einigung, obwohl die Zeit drängt.

Tausende Menschen überqueren jeden Tag die deutsche Grenze. Nicht nur zahlreiche bayerische Kommunen befinden sich im Ausnahmezustand. Die SPD trägt mit ihrer Verzögerungstaktik die Verantwortung für die sich immer

weiter zuspitzende Situation. Die SPD schnürt regelmäßig bereits vereinbarte Kompromisse wieder auf und rudert zurück.

Ganz bewusst hat sich die CSU für das Aussetzen des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige ein- und dieses auch durchgesetzt. Erst sah das die SPD genauso, dann wieder nicht. Wir haben uns auf bestimmte Personengruppen für die Aufnahmezentren geeinigt. Erst Zustimmung seitens der Sozialdemokraten, dann auf einmal nicht mehr. Gleiches betrifft die schnellen Abschiebungen. Es wird Zeit, dass statt Parteipolitik das Interesse der Menschen in den Fokus gerückt wird. Ungebremste und unkontrollierte Zuwanderung schadet sowohl unserer Bevölkerung als auch den Flüchtlingen, die wir nicht mehr angemessen unterbringen können.

Deutschland braucht das starke Bayern

CSU-Parteitag in München – Anja Weisgerber erneut im Parteivorstand

Beim Parteitag der CSU in München wählten die Delegierten Dr. Anja Weisgerber wieder in den Parteivorstand. Sie arbeitet bereits seit 2009 als Beisitzerin in diesem Gremium mit und wurde zum dritten Mal wieder gewählt. Weisgerber ist dort aber nicht die einzige Vertreterin für die Region Schweinfurt. Mit ihr sitzen wieder Innenstaatssekretär Gerhard Eck, MdL sowie Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé im Parteivorstand.



"Die Region Schweinfurt wird im neuen Parteivorstand durch die Bundes-, Landes- und kommunale Ebene vertreten. Das zeigt, dass unsere Mandatsträger auf allen Ebenen gut vernetzt sind und wir als Politiker unserer Heimat direkt an den Entscheidungen der CSU mitwirken können", freute sich Anja Weisgerber.

Gleich zu Beginn des Parteitags verabschiedeten die Delegierten einstimmig eine Resolution zu den Terroranschlägen von Paris. "Der Staat muss seinen Bürgern geben, was ihnen die Terroristen nehmen wollen: Die Sicherheit.", sagte Ministerpräsident Horst Seehofer.

Eine wichtige Maßnahme sei dabei eine Verbesserung der Grenzkontrollen: "Der Schutz der Sicherheit beginnt an der Grenze, nirgendwo sonst", sagte Seehofer. Deshalb sei es geboten, wenigstens übergangsweise Kontrollen an den Binnengrenzen durchzuführen, solange das Schengen-Abkommen an den Außengrenzen nicht eingehalten werde. Die Resolution enthält auch ein klares Bekenntnis für eine personelle Verstärkung bei unseren Sicherheitsbehörden. Außerdem wird ein integriertes nationales Gesamtsicherheitskonzept gefordert, das auch die Bundeswehr zur Gewährleistung der inneren Sicherheit einbezieht.

Der Parteitag beschloss zudem mit überwältigender Mehrheit den Leitantrag "Deutschland braucht das starke Bayern. Migration—Leitkultur—Integration". Der CSU-Vorsitzende beschrieb die Flüchtlingspolitik als die zentrale Herausforderung der Gegenwart. Grundlage der Flüchtlingspolitik der CSU sind Humanität, Integration und eine Begrenzung der Zuwanderung. "Wir müssen anständig umgehen mit den Menschen, die zu uns kommen, wir müssen sie gut versorgen. Die Humanität steht einer christlichen Partei gut zu Gesicht", sagte Seehofer. Der Parteivorsitzende lobte den außerordentlichen Einsatz der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingskrise: "Das war eine humane Visitenkarte unseres Landes. Darauf bin ich stolz", so Seehofer.

Der Parteivorsitzende warnte davor, dass man Staat und Gesellschaft nicht überfordern dürfe. Deshalb sei eine Kontingentierung und Obergrenze bei der Zuwanderung notwendig: "Wir werden die großen Aufgaben auf Dauer nur leisten können, wenn wir mit der Kultur der Vernunft eine Begrenzung der Zuwanderung erreichen", so der CSU-Vorsitzende. "Niemand kann gezwungen werden, mehr zu tragen, als er tragen kann."

Bei der Integration habe Bayern in der Vergangenheit herausragendes geleistet: "Bayern ist das Land der gelingenden Integration", so Seehofer. Für die anstehenden Herausforderungen habe man ein einzigartiges Integrationspaket aufgelegt.

Mehr Sicherheit vor Einbrechern

Neues Förderprogramm "Kriminalprävention durch Einbruchsicherung"

In Deutschland und auch bei uns in der Region steigt die Zahl von Wohnungseinbrüchen. Im letzten Jahr gab es nach der polizeilichen Kriminalstatistik über 150.000 Wohnungseinbrüche bundesweit. Über 40 Prozent davon wurden bereits im Versuchsstadium abgebrochen. Das zeigt, wie wirksam ein guter Schutz von Wohnung oder Haus sein kann.

Einbrüche sind ein Angriff auf unsere Sicherheit und auf die Privatsphäre von Betroffenen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben uns dafür eingesetzt, Einbrüche wirksam zu bekämpfen und für mehr Sicherheit für die Bürger zu sorgen. Wir wissen, dass die Täter sehr oft von ihren Taten absehen, wenn sie nicht rasch in die Wohnungen und Häuser eindringen können. Deshalb haben wir aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung das Programm "Kriminalprävention durch Einbruchsicherung" aufgelegt. Für dieses neue Programm stehen bereits im laufenden Jahr 10 Mio. Euro zur Verfügung. Weitere 20 Mio. Euro können in den Folgejahren abgerufen werden. Mieter und Eigentümer können einen Zuschuss in Höhe von 20 Prozent ihrer Investitionssumme für das Material beantragen, wenn sie mindestens 500 Euro investieren. Die Arbeitskosten der Handwerker können wie bisher schon bei der Steuererklärung berücksichtigt werden. Seit



Mitte November können nun bei der KfW, der Förderbank des Bundes, Anträge für das neue Programm gestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten einen Zuschuss für einbruchssichere Maßnahmen, wie sichere Fenster und Türen oder auch Alarmanlagen.

Zudem wird die Koalition weiterhin die Polizei des Bundes verstärken. Im laufenden Jahr erhöhen wir die Anzahl der Bundespolizisten. Auch bei den Beratungen zum Haushalt 2016 haben wir uns für mehr Polizisten eingesetz. Die Polizei insgesamt muss besser als bisher in die Lage versetzt werden, die Menschen und ihr Eigentum zu schützen.

Zum dritten Mal in Folge: Die Schwarze Null steht

Haushaltsdebatte im Bundestag: Auch 2016 ausgeglichener Etat

Solidität, Solidarität, Stabilität, Sicherheit – das seien die Markenzeichen dieser Regierung, stellte Gerda Hasselfeldt bei der Debatte zum Bundeshaushalt 2016 fest. Auch im kommenden Jahr wird es einen ausgeglichenen Haushalt geben.

316,9 Mrd. Euro gibt der Bund 2016 insgesamt aus – und das, ohne neue Schulden zu machen. Denn die Schwarze Null steht – zum dritten Mal in Folge. Mehr Mittel fließen vor allem in die Verkehrsinfrastruktur, den Breitbandausbau sowie in Bildung und Forschung. Auch zur Bekämpfung der Fluchtursachen wurden deutlich mehr Gelder bereitgestellt. "Wir vergessen bei alldem aber nicht diejenigen, die unsere Hilfe brauchen: die Pflegebedürftigen, die Kranken", unterstrich die CSU-Landesgruppenvorsitzende im Plenum. In den vergangenen Wochen hatte der Bundestag bereits eine Krankenhausreform sowie umfangreiche Verbesserungen in der Pflege und Palliativversorgung beschlossen.

Auch die innere Sicherheit soll gestärkt werden. Mit dem Haushalt 2016 sind mehr Personal bei den Sicherheitsdiensten und eine bessere materielle Ausstattung vorgesehen. "Es darf keine Denkverbote geben, wenn wir darüber nachdenken, wie wir unsere Bürger schützen und ihre Sicherheit gewährleisten können. Das ist nämlich die

oberste Aufgabe jedes Staates", stellte Hasselfeldt klar. Deutschland sei ein starkes Land - ökonomisch, politisch und sozial. Gerade bei der aktuellen Herausforderung der Flüchtlingskrise – spüre man dies, so die Politikerin, in besonderer Weise. Nach wie vor kommen täglich zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge in Bayern an, die versorgt und untergebracht werden müssen. "Ohne die Leistung der Hauptamtlichen, ohne die Leistung der Kommunen und ohne die Leistung der Ehrenamtlichen und deren Organisationen würden wir diese große Herausforderung nicht schultern können", dankte die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Sie machte deutlich, dass die Belastungsgrenze erreicht sei. "Wir spüren, dass die Aufnahmekapazität und die Integrationskraft der Bevölkerung an Grenzen stoßen, ja die Grenze überschritten ist", so Hasselfeldt. Wichtig sei auch zu wissen, wer nach Deutschland einreise, so Hasselfeldt weiter.

Man müsse klar zwischen den Schutzbedürftigen und denen, die aus anderen Gründen nach Deutschland kommen, unterscheiden. Denn die Hilfe könne sich nur auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentrieren. "Um dieses zu erreichen, müssen wir dafür sorgen, dass die Zahl der Flüchtlinge reduziert wird und dass wir eine Begrenzung bekommen", sagte Hasselfeldt klar.

#schweigenbrechen

Gewalt gegen Frauen findet mitten in unserer Gesellschaft statt. Doch sie bleibt oft unbemerkt, denn das Thema ist noch immer ein Tabuthema. Gemeinsam mit meiner Kollegin Barbara Lanzinger habe ich zur Aktion "Schweigen brechen" aufgerufen. 365 Tage im Jahr steht das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" kostenlos und anonym zur Verfügung. Das Hilfetelefon ist unter 0800 116016 oder im Netz unter www.hilfetelefon.de zu erreichen.



Besuch im Bunker-Museum

Zusammen mit dem CSU-Kreisverband Schweinfurt-Land haben wir das 1. Schweinfurter Bunkermuseum von Nils Brennecke besucht. Dieses ist im ehemaligen Fichtel-und-Sachs-Bunker in Schweinfurt-Oberndorf untergebracht. Dort erlebten wir bei einer spannenden Führung Geschichte hautnah. Die zwei Meter dicken Wände, die beiden Gasschleusen sowie die Technik beeindrucken Jung und Alt. www.fichtelundsachsbunker.de



Austausch mit der BImA

Dr. Jürgen Gehb, Vorstand der Bundesimmobilienanstalt (BImA), und Lutz Leide, Leiter Facitlity Management, waren zu Gast im Bauausschuss des Bundestages und haben über die Schaffung neuen Wohnraums in Konversionskommunen berichtet. Im Anschluss habe ich mit den BImA-Vertretern über die Konversion in der Region Schweinfurt gesprochen. Beide haben ihre Unterstützung bei der Umsetzung der städtebaulichen Vorhaben zugesichert.



25 Jahre Dirk Denzer

Dr. Anja Weisgerber gratulierte dem europaweit tätigen Künstler Dirk Denzer aus Schwebheim zu 25 Jahre Selbstständigkeit. Mit einer beeindruckenden Gala in der Kulturhalle Grafenrheinfeld wurde dieses Jubiläum gefeiert. Dank des Engagements von Denzer ist Europas größtes Varieté-Festival nicht in London, Paris oder Berlin, sondern in Sennfeld, vor den Toren von Schweinfurt, zu Hause. Seit 2004 fand es dort bereits zum fünften Mal statt. Chapeau!



Wahlkreisbüro

Schweinfurt-Kitzingen Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385 E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:

www.anja-weisgerber.de

Bundestagsbüro

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343 E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Reden und Videos auf AnjaTV:

www.youtube.com/user/anjaweisgerber